Wir müssen aus der tödlichen Sackgasse hinausfinden : mehr Sicherheit ist nicht die Lösung

Autor(en): **Maissen, Toya**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 1

PDF erstellt am: **20.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340457

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Vergleich ziehen: 1912 fand in Basel der Internationale Sozialistenkongress statt. Es war die eindrücklichste und mächtigste Friedenskundgebung, die die damalige Welt erlebte. Aber sie blieb ohne Wirkung, zwei Jahre später brach der 1. Weltkrieg aus.

Heute heisst die Parole wieder «Krieg dem Krieg» oder anders, positiver ausgedrückt «Frieden mit der Natur». Angesichts des in der Gegenwart angehäuften Gefahren- und Vernichtungspotentials ist dies ein Kampf um alles oder nichts. Ende oder Wende!

Volker Hauff hat auf dem Nürnberger SPD-Parteitag in Bezug auf die Atomenergie folgendes ausgeführt:

«Es geht darum, einen Weg aus der Gefahr aufzuzeigen, einen Weg, der nicht bei der Empörung über die atomare Bedrohung verharrt, sondern weitergeht zur Reform der Energiewirtschaft.»

Das gilt in gleichem Masse auch für die Chemieindustrie, für unsere ganze Industriegesellschaft. Und auch Volker Hauffs Anschlussatz hat mehr denn je Gültigkeit: «Wir müssen wieder erkennen: Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen kämpfen.»

Die heutige Tagung kann ein Schritt auf dem Weg sein. In diesem Sinne heisse ich Euch, liebe Genossinnen und Genossen, im Namen der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt herzlich willkommen.

Wir müssen aus der tödlichen Sackgasse hinausfinden

Mehr Sicherheit ist nicht die Lösung

Toya Maissen berichtet über die Situation in Basel

«Die Bevölkerung am rötlich gefärbten Rheinknie erschien auf keinen Barrikaden und kotzte im Merkaptangestank am Allerheiligen-Morgen still und schicksalsergeben vor sich hin.»

Dies, liebe Genossinnen und Genossen, schrieb das «Aargauer Tagblatt» am 3. November zur Tragödie von Schweizerhalle. Das Zitat ist typisch und steht stellvertretend für die Haltung und das Verständnis der übrigen Eidgenossenschaft zu unserer Region, es ist auch typisch für die herrschende politische Klasse der Schweiz. Wir haben in den Stunden des Schreckens und in den Tagen danach von der offiziellen Schweiz und ihren politischen Instanzen keinerlei Solidarität erfahren dürfen. Das hat damit zu tun, dass man hier stets etwas fortschrittlicher war als in der übrigen Schweiz, vor allem, aber weil es uns hier gelungen ist, seit mehr als einem Jahrzehnt den Bau des Atomkraftwerkes Kaiseraugst erfolgreich zu verhindern.

Umso dankbarer sind wir den Genossinnen und Genossen aus dem Ausland, aber auch aus der Schweiz, dass sie hierher nach Basel gereist seid, zu beraten, wie wir aus der Sackgasse Grosstechnologie wieder herauskommen könnten.

Unsere Region steht unter einem zweifachen Druck: unter jenem der Grosschemie mit ihrer dominierenden wirtschaftlichen Stellung einerseits und unter dem Druck der eigenössischen und regionalen Mehrheitspolitiker, deren jahrelange Verhinderungsmanöver an erster Stelle dafür mitverantwortlich sind, was in Schweizerhalle geschehen ist.

*

«Wichtiger als alles andere ist, dass die Zeit reif sein muss, sowohl für die Frage, als auch für die Antwort», schreibt Erwin Chargaff in seinem Buch «Das Feuer des Heraklit»

Nicht nur in unserer Region ist die Zeit für die Frage überreif geworden. Es ist an uns, an der Linken, auch die Antwort zu geben. Alle anderen Antworten kennen wir bereits. Es sind immer die gleichen: Selbstkontrolle und Eigenverantwortung. Beide Antworten sind in der Nacht auf Allerheiligen 1986 in Schweizerhalle in Flammen aufgegangen.

Die Region Basel, die Nordwestschweiz und damit eben auch die ganze Schweiz trägt seit Allerheiligen das Kainsmal der ökologischen Katastrophe, so wie Seveso, Harrisburg, Bhopal und Tschernobyl.

Die Schweizer Chemie hat ihre Unschuld nun auch in ihren Stammlanden am Oberrhein verloren. Die Folgen der verlorenen Unschuld haben das Leben im Rhein zu einem grossen Teil vernichtet. Der Schock darüber war total. Schweizerhalle und die bereits erwähnten Katastrophenorte anderswo, sind das unmissverständliche Menetekel unserer Epoche: das Industriezeitalter ist in die Sackgasse geraten die voraussehbar war, sein Ende ist eingeleitet. Ob es ein Ende mit noch grösserem Schrecken wird, hängt von uns allen ab. Auch von der Linken, auch von uns hier.

Katastrophen, wie wir sie erlebt haben, werden sich in immer kürzeren Intervallen wiederho-

len. Die industrielle Tätigkeit der Menschen breitet sich aus wie ein Flächenbrand. Das Gefahrenpotenial für Menschen, Tiere und Pflanzen steigt, sichtbar und unsichtbar.

Kein Ausstieg aus der Chemie

Hier in der Region Basel, aber auch anderswo, besteht die Möglichkeit nicht, einfach aus der Chemie auszusteigen. Anders als bei der Atomenergie, wo der Ausstieg in absehbarer Zeit möglich und durchführbar ist, unter anderem, weil die Chemie nicht nur ein einziges Produkt herstellt, sondern in die meisten unserer Lebensbereiche direkt hineingreift. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen dem Menschen und der von ihm erforschten und angewendeten Chemie, betrifft nicht nur diese Region. Hier jedoch ist sie besonders eng. Lassen Sie mich das kurz schildern, damit Sie sehen, in welcher Abhängigkeit wir leben und Politik machen müssen.

Die Chemieregion Basel

Die Chemie ist der grösste Wirtschaftszweig der Region Nordwestschweiz. Sie ist der eigentliche Motor der hiesigen Wirtschaft. Von den 265 000 Arbeitsplätzen der Region fallen 70 000 auf die Industriebetriebe, davon wiederum fast 35 000, also die Hälfte auf die Basler Chemie, das heisst auf die Stammhäuser von Sandoz, Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche und dreissig weitere in der Region tätige Chemiefirmen. Nicht eingerechnet sind darin die Basler Chemiebetriebe im benachbarten Elsass und im Süd-Badischen.
Die von der Chemie 1985 erbrachte Wertschöpfung in unserem Lebensraum beträgt 4,3 Milliarden Franken, das sind 21 Prozent. Im Fundamentalbereich sind es über 50 Prozent. Diese Wertschöpfung wurde 1985, einem besonders guten Jahr, um 6,5 Prozent gesteigert. Für 1986 wird eine Zunahme von immer noch 4 Prozent vorausgesagt, mengenmässig allerdings wird die Zunahme grösser sein. Für Personalkosten gibt die Chemie in der Region zur Zeit 3,07 Milliarden Franken jährlich aus.
In der gesamten Nordwestschweiz stellt die Chemie 13 Prozent der Arbeitsplätze. Von ihr hängen aber nicht nur die Chemieangestellten ab, sondern auch die Zulieferbetriebe vom Lebensmittelhändler über das Gewerbe bis zu den Forschungsinstituten der Universität.
Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen gilt die Nordwestschweiz immer noch als reichste Wirtschaftsregion der Schweiz. In Bezug auf die Lebensqualität geht es ihr am schlechtesten: höchste Krebsrate, schlimmstes Waldsterben, dreckigste Luft, unmenschliches Verkehrsaufkommen, verursacht durch die Grenzsituation, den Rheinhafen und tausende von Pendlern, die täglich in die Stadt fahren.
Acht Prozent der gesamten schweizerischen Bevölkerung erarbeitet hier in 6,5 Prozent aller schweizerischer Unternehmungen 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens unseres Landes.

Für den Kanton Basel-Stadt sind die ökonomischen Verhältnisse noch stickiger: Jeder 5. arbeitet bei der Chemie. Vom Gesamtumsatz der städtischen Industrie und den Dienstleistungen (ohne Banken) gehen 51 Prozent in den Export. Daran hat die Basler Chemie wiederum einen Anteil von 90 Prozent. Jeder 2. verdiente Franken wird von den Aktivitäten der Chemie ausgelöst.
Sie können es unschwer erkennen: Hier gibt es kein Entrinnen, hier gibt es keinen Notausgang. Hier gibt es nur eines: Dableiben und Politik machen.

Die Industrie, in unserem Falle die Chemie, hat, immer auch mit unserer Hilfe oder stillschweigender Duldung und auch zu unserem Nutzen und Wohlstand, allmählich die Übersicht über ihre Tätigkeit, ihre Produkte und deren Folgen verloren. Die Menschen hier reden von «unserer Chemie» und sie drücken damit unsere Realität aus. Das Verhältnis der Bevölkerung zur Chemie war stets getragen von Bewunderung, Furcht, Liebe, manchmal Hassliebe und einer grossen Portion selbstverschuldeter Hörigkeit. Per Saldo allerdings, bei allen Scharmützeln und Reibereien, war es stets ein sehr gutes Verhältnis.
Dieses Verhältnis ist in der Nacht auf Allerheiligen ebenfalls in Flammen aufgegangen. Im gleichen Feuerschein ist die ganz jämmerliche Labilität unseres industriellen Gesellschaftssystem sichtbar geworden: auf den Tag der offenen Tür, folgte die Nacht der geschlossenen Fenster. Was dann kam ist bekannt, die lokalen Details kann ich hier ersparen. Tatsache ist: die psychischen und physischen Folgen der Katastrophe von Schweizerhalle sind noch in keiner Weise abzuschätzen.
Die politischen Folgen aber sind klar gegeben, denn die Bevölkerung, allen voran ihre Kinder und ihre Jugendlichen haben eines wohl begriffen: das hier ist ein Leben im Belagerungszustand.

Information für die Informationsgesellschaft

Die Menschen, die hier und anderswo die Folgen der industriellen Tätigkeit am eigenen Leib erfahren, müssen ein Recht zur Mitentscheidung haben. Wer von dieser Tätigkeit

profitiert, und das sind hier im Raum Basel fast alle, muss auch Verantwortung übernehmen. Dazu aber muss er informiert sein. Wir müssen wissen, wohin der Zug fährt: Produktionsziele, Produktionsverfahren, Endprodukte samt ihrer jeweiligen Folgen sind von öffentlichem Interesse. Sie müssen Gegenstand von Mitentscheidung werden. Dazu sind bis jetzt nicht einmal die Beschäftigten in der Chemie berechtigt. Schweizerhalle hat jenen, die es noch nicht gewusst haben sollten, deutlich gemacht, dass die schweizerische Sonntagsdemokratie ebenfalls in der Sackgasse steckt. Durchgesetzt werden muss eine umfassende Wirtschaftsdemokratie. In diesem Punkt sind wir in der Schweiz die reinsten Neandertaler.

Wir brauchen Informationen. Damit meine ich nun nicht Katastrophenpläne, noch Schutzraumweisungen oder Anleitungen für den Gebrauch von Gasmasken: Die Pflicht zu dulden, gibt uns das Recht zu wissen, sagt Jean Rostand. Wir müssen es uns nehmen.

Aber man hüte sich davor, ökologische Katastrophen auf Informationspannen zu reduzieren, wie dies nach Tschernobyl die Atomindustrie tat und wie es die bürgerliche Presse auch im Falle Sandoz versucht hat. Der Trick ist zu bekannt: Man prangert die miserable Informationspolitik an, um vom eigentlichen Problem abzulenken: von den Unkontrollierbarkeit der industriellen Tätigkeit.

Die Verantwortung der Politik

Und damit sind wir auch bei der Politik angelangt. Verantwortung und Verhalten der Sandoz ist das eine. Ebenso wichtig aber scheint mir das Verhalten der politischen Mehrheitsklasse, die sich in anderen Ländern übrigens kaum von der hiesigen unterscheidet. Ihre Verantwortung wiegt ebenso schwer, wenn nicht schwerer wie jene der Unternehmungen, als deren Lakaien und Lobbyisten sie sich jahrelang verstanden haben. Die ebenso erfolgreiche wie erpresserische Parole lautete hierzulande über Jahre «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat». Das Schweigen dieser politischen Klasse war zunächst unübersehbar. Allmählich aber klettern sie aus ihren politischen Schutzbunkern. Hatte man früher jeden Vorstoss, der sich mit den Gefahren der Chemie beschäftigte, in Parlament und Regierung abgeschmettert, so wappnen sich jetzt bürgerliche Politiker aller Schattierungen, um zu verhindern, was noch zu verhindern ist.

Das Umweltschutzgesetz der Schweiz wurde während zwölf Jahren systematisch sabotiert. Dafür leitet man jetzt die international verabreichte Ohrfeige freundlicherweise an die Firma Sandoz weiter, statt sie selber einzustecken. Einer halbherzigen Kontrolle der Chemie wird man jetzt zustimmen, wohlwissend, dass sie ohnehin bescheiden ausfallen wird, denn wenn es ums Geld geht für den Staat, dann ist das reiche Basel und die reiche Schweiz grenzenlos geizig. Der arme Staat ist ein leicht manipulierbarer Staat. So sind bei uns die politischen Machtverhältnisse.

Aber genügt uns die Kontrolle? Geht es um mehr Sicherheit? Geht es um ein Leben mit funktionierenden Sirenen und Gasmasken? Geht es um den Platz nicht mehr an der Sonne, sondern im Zivilschutzbunker? Den wird man uns auf jeden Fall gönnen. Aber haben wir dafür politisch gekämpft, um mit den sozialen Errungenschaften in den Keller hinunterzugehen, bei geschlossenen Türen und Fenstern? Ist das alles gewesen?

Zweifellos: kurzfristig muss der Schutz der Bevölkerung einigermassen gewährleistet werden.

Aber man sehe sich vor: mehr Sicherheit vermindert das Risiko nicht, mit mehr Sicherheit wird es festgeschrieben. Je gefährlicher die Produktion, umso grösser wird der Abbau der persönlichen Freiheit. Sicherheit fördert den Verlust von Freiheit. Oder wollen wir Arbeitnehmer hinter Stacheldrahtverhau? Wie viel Freiheit eigentlich bringen wir noch ins nächste Jahrhundert hinüber?

Mit mehr sogenannter Sicherheit treiben wir mittel- und langfristig industriepolitische Flickschusterei. Das hiesse nämlich Fluch und Segen der Chemie auf alle Zeiten als siamesische Zwillinge zu akzeptieren, solange jedenfalls bis Böden, Luft, Wasser, Tiere und Pflanzen und schliesslich der Mensch selbst vergiftet sind.

Das kann nicht die Antwort auf die Frage sein. Es darf nach Schweizerhalle nicht bei vermehrten Schutzmassnahmen bleiben. Die Antwort muss heissen: Nicht nur Umdenken – das tun wir schon eine Zeit lang – sondern auch *«Umhandeln»*.

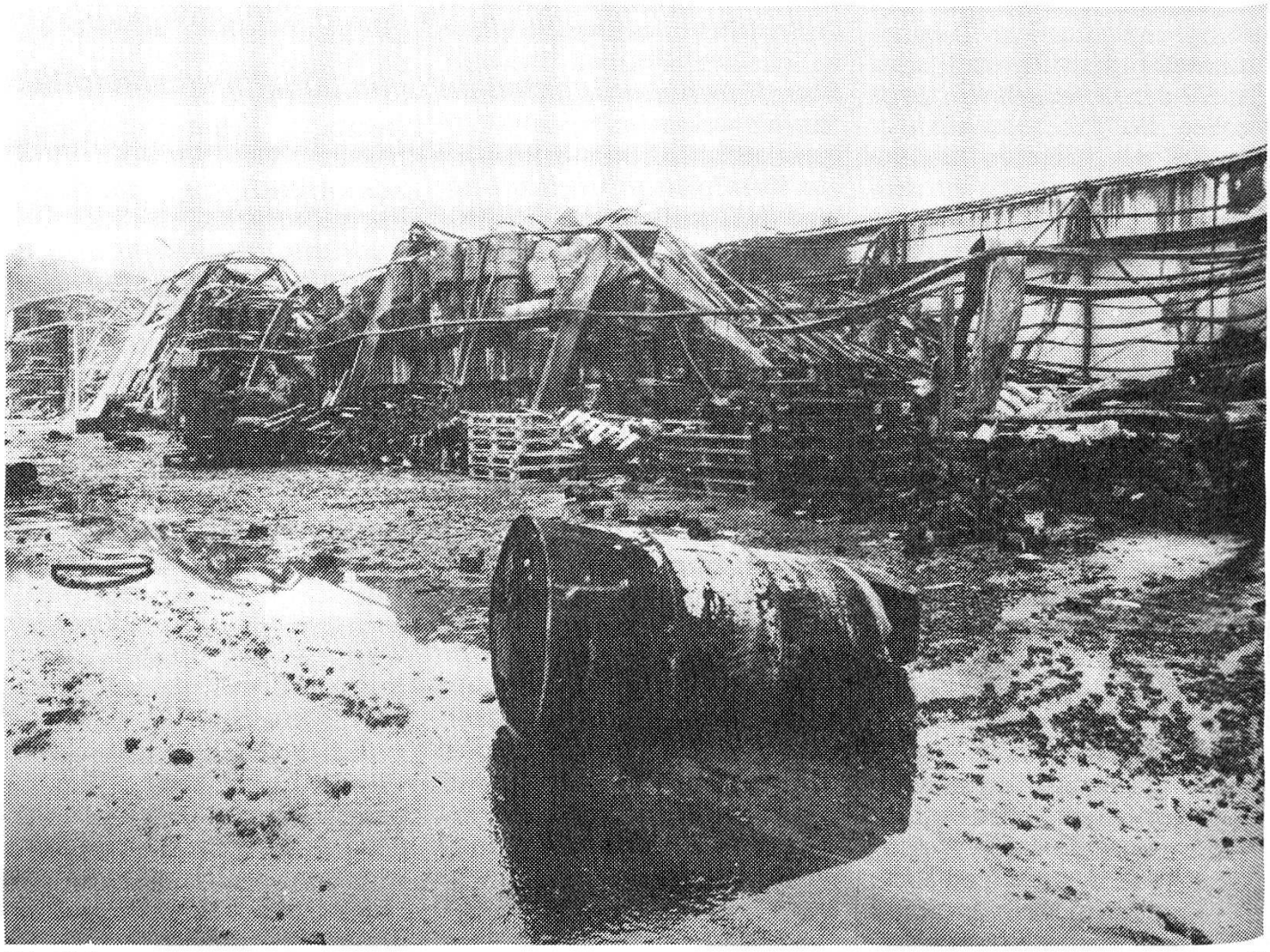
Die Chemie und die Atomindustrie müssen sich von ihrer mechanistischen Naturauffassung trennen und wir uns mit ihr. Das anthroprozentrische Weltbild mit dem Menschen, der über der Natur steht, hat ausgedient. Es muss der Ehrfurcht vor dem Leben Platz machen. Viele Menschen, auch innerhalb der Chemie, haben das auch gemerkt, sind auf diesem Weg, arbeiten für dieses Ziel. Das geschieht nicht von einem Tag auf den anderen. Aber wir müssen heute beginnen.

Chemie ist oft heilend und lebenserhaltend. Das soll hier deutlich gesagt sein. Dort aber wo sie auf dem Todes- und Tötungstrip ist, zum Beispiel in der Agrochemie, müssen wir sie davon abbringen. Dass dies

durchaus möglich ist, hat die Chemie, auch hier in Basel, schon unter Beweis gestellt. Wenn wir eine andere, eine sanfte, eine lebensfreundliche Chemie wollen, dann können wir dies niemals ohne die Chemie selber erreichen. Es geht nicht darum, dass wir Industriefeindlichkeit aufbauen, sondern darum, dass die Chemie menschenfreundlich und lebensfreundlich wird. Das heisst, dass wir das schwere Geschäft der Selbstbeschränkung lernen müssen: wir, das ist die Chemie und das ist auch die Bevölkerung. Wenn wir in den Fehler verfallen, alles was mit Chemie zu tun hat, zu denunzieren, also auch die in der Chemie Beschäftigten, dann verhindern wir nicht nur das «Umhandeln» sondern auch das Umdenken innerhalb der Betriebe.

Wir erwarten aber von der Chemie, dass sie uns nie wieder mit den Arbeitsplätzen erpresst. Damit nimmt sie uns nämlich unsere Selbstverantwortung.
Wir erwarten von der Chemie, dass sie die Staatstätigkeit nicht weiterhin verteufelt.
Wir erwarten Dialogbereitschaft, die zur Partizipation bei den Investitionsentscheiden und den Produktionsentscheiden führen muss.
Die Möglichkeit aber für uns, aus der Sackgasse herauszukommen heisst: massiven politischen Druck aufsetzen, heisst Bündnispartner suche, heisst aber vor allem, harte politische Knochenarbeit im lokalen, regionalen und nationalen Bereich.
Auf der internationalen Ebene stehen wir, wie dieser Tag zeigt, nicht alleine da. Die Koordination von politischen Aktivitäten haben wir in der Regio Basiliensis verschiedentlich «im kleinen Grenzverkehr» schon ausprobiert. Jetzt sollten wir die Grenzen weiter stecken. Bis an die Mündung des Flusses, der uns jetzt auf so tragische Weise verbunden hat.
Für alle Beteiligten - auch für die Chemie - gibt es nur eine Richtung aus der tödlichen Sackgasse herauszukommen: wir müssen die Leidenschaft für das Leben neu lernen, wir müssen das Prinzip Hoffnung mit dem Prinzip Verantwortung verbinden.
Hoffnung für den toten Rhein, Hoffnung für seine Lebewesen. Verantwortung für die Generation, die nach uns am Rhein und überall auf der Erde auch leben möchte.

In Basel muss, in Basel kann es beginnen. Heute schon.



Die Kehrseite der Industriegesellschaft *Foto Dominik Labhardt*